

Ausschuss Berufliche Bildung der Deputation für Bildung
--

Ergebnisvermerk über die 11. Sitzung

17. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2007 - 2011

Sitzungstag 8. März 2011	Sitzungsbeginn 15:30 Uhr	Sitzungsende 17:00 Uhr	Sitzungsort: Senatorin für Bildung und Wissenschaft Rembertiring 8-12, 28195 Bremen Sitzungsraum 122
-----------------------------	-----------------------------	---------------------------	---

Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1: Feststellen der Tagesordnung

TOP 2: Genehmigung des Vermerks der 10. Sitzung am 18. November 2010

TOP 3: Werkschule
Sachstandsbericht und weitere Planung
Vorlage Nr. 21

TOP 4: Weitere Beschulung der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf der Förderzentren für die Bereiche Wahrnehmung und Entwicklungsförderung (W + E) in der Werkstufe (Klassen 11 und 12)
Vorlage Nr. 22

TOP 5: Verschiedenes

- Zukünftige Investitionen an berufsbildenden Schulen
- Umsetzung der Bremer Vereinbarungen

Herr Staatsrat Othmer eröffnet die Sitzung.

Zu TOP 1: Feststellen der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie oben dargestellt festgelegt. TOP 5 Spiegelstrich 1 wird vorgezogen, damit Frau Lüking die Sitzung anschließend verlassen kann.

Zu TOP 5: Verschiedenes

- Zukünftige Investitionen an berufsbildenden Schulen

Herr Brumma hat um einen Bericht zu den zukünftigen Investitionen an berufsbildenden Schulen gebeten. Frau Lüking verteilt dazu eine Tischvorlage, die eine Übersicht über Bauplanungen und Maßnahmen an berufsbildenden Schulen in Anlehnung an die Große Anfrage aus dem Jahr 2010 enthält. Herr Staatsrat Othmer weist darauf hin, dass die Übersicht auch Planungen enthält, die unter dem Vorbehalt der haushaltspolitischen Finanzierung stehen.

Frau Lüking erläutert die einzelnen Positionen und beantwortet Fragen von den Deputierten Herrn Brumma und Herrn Dr. vom Bruch.

Zu TOP 2: Genehmigung des Vermerks über die 10. Sitzung am 18. November 2010

Der Vermerk über die 10. Sitzung am 18. November 2010 wird genehmigt.

Zu TOP 3: Werkschule
Sachstand und weitere Planung
Vorlage Nr. 21

Frau Jendrich erläutert den Sachstand und die weiteren Planungen zur Werkschule gemäß Vorlage Nr. 21 anhand einer Präsentation zur ersten Zwischenbilanz des Werkschulkonzeptes durch Herrn Prof. Dr. Michael Gessler vom Institut Technik und Bildung an der Universität Bremen. Die Präsentation wird auf Nachfrage auch per E-Mail zur Verfügung gestellt.

Neben der Darstellung der guten Erkenntnisse aus den beiden ersten Jahren dieses Konzeptes sprechen Frau Jendrich und Herr Staatsrat Othmer auch noch zu lösende Probleme an. Es wird deutlich herausgearbeitet, dass es nicht Aufgabe der Werkschule ist, alle verhaltensauffälligen und schwierigen Schüler der Oberschule aufzunehmen. Ein solches Vorgehen würde sich auch nicht mit dem Gedanken der Inklusion vertragen, in der „Abschulungen“ nicht mehr vorgesehen sind. Vielmehr sollen lernbeeinträchtigte Jugendliche durch die weitgehende Aufhebung der Trennung von Theorie und Praxis in einem projekt- und produktorientierten Unterricht zu einem erfolgreichen Schulabschluss geführt werden. Deshalb entscheiden die Werkschulen auch selbst über die Aufnahme der Jugendlichen und beginnen den Bildungsgang mit einer Probezeit. Kontakt zu den Betrieben wird über die vielen Praktika innerhalb des Bildungsganges hergestellt. Geplant ist, zusammen mit dem Handwerk im letzten Halbjahr der Ausbildung ein Präsentationsforum einzurichten, in dem sich die Jugendlichen und die Handwerksbetriebe präsentieren und zueinander finden können. Maßgeblich für den Erfolg des Werkschulkonzeptes wird für Herrn Staatsrat Othmer sein, wie hoch die Abschlussrate ist und wie viele Schülerinnen und Schüler im Anschluss in Ausbildung und Arbeit gelangen. Frau Jendrich informiert darüber, dass am LIS eine Person damit beauftragt wurde, Verbleibsuntersuchungen zu organisieren. Die Fragen von Herrn Brumma, ob inzwischen alle Berufsbereiche sowie die Ausstattung mit Lehrkräften und Sozialpädagogen abgedeckt seien, werden von Frau Jendrich sämtlich bejaht.

Zum Abschluss der Aussprache stellt Herr Staatsrat Othmer fest, dass die Evaluation des Werkschulkonzeptes sehr ernst genommen werde. Nach einer zugebilligten Vorlaufzeit würden Standorte, die sich als ungeeignet erweisen, durchaus auch geschlossen werden.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Berufliche Bildung empfiehlt der Deputation für Bildung, die Vorlage Nr. 21 zur Werkschule zur Kenntnis zu nehmen.

**Zu TOP 4: Weitere Beschulung der Schülerinnen und Schüler mit
sonderpädagogischen Förderbedarf der Förderzentren für die
Bereiche Wahrnehmung und Entwicklungsförderung (W + E) in der
Werkstufe (Klassen 11 und 12)**
Vorlage Nr. 22

Herr Staatsrat Othmer hält es für eine kluge Lösung, die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf der Förderzentren für die Bereiche Wahrnehmung und Entwicklungsförderung in den Klassen 11 und 12 nicht der GyO, sondern den berufsbildenden Schulen zuzuweisen. Herr Brumma fragt, ob am Standort Vorkampsweg für die kurzfristig geplante Lösung Platz vorhanden sei. Herr Staatsrat Othmer bejaht dies. Zu den in Vorlage 22 vorgestellten kurz-, mittel- und langfristigen Planungen besteht kein weiterer Aussprachebedarf.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Berufliche Bildung nimmt von der geplanten Beschulung der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf der Förderzentren

für die Bereiche Wahrnehmung und Entwicklungsförderung in der Werkstufe Kenntnis.

Zu TOP 5: Verschiedenes

- Umsetzung der Bremer Vereinbarungen

Herr Brumma hat um einen Bericht zum Stand der Umsetzung der Bremer Vereinbarungen gebeten. Dazu wird von Frau Mausolf eine Tischvorlage mit einem entsprechenden Bericht verteilt.

Einleitend dankt Herr Staatsrat Othmer allen, die an den Bremer Vereinbarungen über alle ideologischen Barrieren hinweg mitgewirkt haben. Andere Länder würden diesen Erfolg durchaus aufmerksam beobachten. Die Vereinbarungen könnten jetzt sukzessive und unabhängig vom Wahlergebnis abgearbeitet werden, gerade weil sie einvernehmlich beschlossen wurden. Allerdings stünden einige Maßnahmen noch unter Finanzierungsvorbehalt.

Insbesondere auf die geplante Veränderung des Zugangs zum Übergangssystem mit den berufsvorbereitenden Berufsfachschulen wird von Herrn Staatsrat Othmer hingewiesen. Es sollen nur noch Schülerinnen und Schüler in einem zentralen Verfahren aufgenommen werden, die sich richtig beworben haben und die gleichzeitig auch als ausbildungsplatzsuchend gemeldet sind.

Herr Brumma fragt, worum es sich bei den in der Vorlage erwähnten Finanzierungsverhandlungen mit dem BMBF handelt. Frau Mausolf und Frau Zaremba berichten, dass verschiedene Programme ressortübergreifend sowohl auf Bundes-, als auch auf EU-Ebene für die Finanzierung der Potenzialanalyse und Berufseinstiegsbegleitung angezapft werden sollen. Herr Platter ergänzt, dass Bremen sich darüber hinaus in die Initiative von sieben weiteren Bundesländern eingebunden habe, in der zusammen mit der Bertelsmann-Stiftung an einer Neukonzeption für „Übergänge mit System“ gearbeitet werde.

Herr Beilken fragt, ob es überhaupt genügend Ausbildungsplätze gibt, um all die Jugendlichen zusätzlich direkt aufnehmen zu können. Dies wird von Herrn Staatsrat Othmer bejaht. Den jungen Leuten müsse wieder Mut gemacht werden, individuelle Bewerbungen zu schreiben und sich vorzustellen. Außerdem möchte er mit dem Handwerk einen Preis ausloben, mit dem solche Ausbilder/-innen geehrt werden, die auch Jugendliche mit geringerem Bildungsniveau zu einem Ausbildungsabschluss haben führen können. Herr Platter ergänzt, dass die individuelle Akzeptanz des dualen Ausbildungssystems wieder gestärkt werden müsse; dies solle jetzt in den allgemeinbildenden Schulen aufgegriffen werden.

Carl Othmer

Vorsitz

gez. Winfried Brumma

Sprecher

Hanne Cordes

Protokollführerin